

Grünliberale Resolution: „Krise als Chance“

Verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 25. April 2009

Die Grünliberalen sehen in der aktuellen Wirtschaftskrise besondere Chancen. Mit Weitsicht können wir die Weichen langfristig auf Nachhaltigkeit stellen. Statt milliardenschwere, kurzfristig gedachte Konjunkturprogramme zu lancieren, die primär veraltete Strukturen erhalten und einer Modernisierung im Weg stehen, wollen die Grünliberalen eine innovative, zukunftsgerichtete Volkswirtschaft, die Prioritäten setzt bei einer ökologisch verträglichen Energieproduktion und einer umweltgerechten Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Ökologie und Wirtschaft sind kein Widerspruch.

Die Grünliberalen Schweiz verabschieden an der Delegiertenversammlung vom 25. April 2009 daher folgende Resolution:

1.) Nachhaltige Energiepolitik - Klimaschutz als Marktchance

Die Energiepolitik in der Schweiz muss primär auf zwei Säulen bauen: Einerseits auf die Energieeffizienz und andererseits auf die Produktion aus erneuerbaren Energien. Die Umsetzung der geforderten Massnahmen führt nicht nur zu einer ökologisch nachhaltigeren Energieversorgung, sondern auch zu mehr Arbeitsplätzen und einem dringend benötigten Innovationsschub. Damit kann sich die Schweiz einen langfristigen Marktvorteil im internationalen Wettbewerb sichern. Die Schweiz verringert die Abhängigkeit von Öl, Gas und Uran und schafft sich einen Knowhow-Vorsprung auf dem zukunftssträchtigen Markt der Energiewirtschaft (Effizienz und Produktion).

Als konkrete Massnahmen sehen wir folgendes vor:

a. Konsequente Umsetzung der glp-Energiestrategie in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft. (Siehe Positionspapier)

b. Eine Risikoprämie auf Atomstrom von 5 Rp./kWh, welche zumindest einen Teil des immensen volkswirtschaftlichen Risikos abdeckt. Die tatsächlichen Kosten einer solchen Versicherung würden geschätzt bis ca. 50 Rp./kWh betragen. Die Mittel aus dieser Risikoprämie sollen in die KEV (Kostendeckende Einspeisevergütung), also zu Gunsten der Förderung von erneuerbaren Energien fliessen. So kann längerfristig die Abhängigkeit von Atomstrom und damit das volkswirtschaftliche (und ökologische Risiko) abgebaut werden.

c. Der Deckel bei der KEV muss weg. Die KEV unterstützt Lieferanten von erneuerbaren Energien mit einer kostendeckenden Vergütung, bis diese neuen Technologien die Marktfähigkeit erreicht haben. Schon heute gibt es hunderte von Projekten, mit denen jetzt die Produktion von erneuerbarer Energie gestartet werden kann. Diese stehen auf der Warteliste des BFE (Bundesamt für Energie), weil es keine Mittel mehr hat, um diese zu finanzieren. Mit einem Verzicht auf den Deckel und dem gesetzlich verankerten, schrittweisen Absenken der Vergütungshöhe werden die erneuerbaren Energien Schritt für Schritt zur vollen Marktfähigkeit gebracht.

d. Gebäudesanierungen mit CO₂-Teilzweckbindung im Sinne einer Anschubfinanzierung. Dies wurde im Nationalrat mit grünliberaler Hilfe bereits zuhänden des Ständerats verabschiedet. Zudem fordern die Grünliberalen eine Vereinfachung der Bewilligungsverfahren bei energetischen Sanierungen.

2.) Schrittweise Umsetzung einer ökologischen Finanzreform:

Das Finanz- und Steuersystem in der Schweiz muss so umgebaut werden, dass vermehrt der Verbrauch von Ressourcen und die Belastung der Umwelt und weniger die Produktivität belastet wird. Hierzu wird eine Projektgruppe der Grünliberalen bis Ende 2009 konkretisierte Vorschläge für eine schrittweise Umsetzung vorlegen, welche u.a. folgende Punkte enthalten soll:

- a. **CO₂-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffe.** Es braucht eine lenkungswirksame CO₂-Abgabe nicht nur auf Brennstoffe sondern auch auf Treibstoffe (Benzin, Kerosin, Erdgas). Eine CO₂-Abgabe entspricht den Prinzipien der Kostenvahrheit und des Verursacherprinzips. Als positiver Nebeneffekt entstehen Anreize zum Energiesparen.
- b. **Anreize in Raumplanung, Richtplänen, Bau- und Zonenordnungen** für eine Verdichtung nach innen sowie Nutzungszuschläge bei konsequenter Sanierung von Gebäuden nach Minergie P - Standard.
- c. **Steuerliche Anreize für energetische Sanierungen** durch mehrjährige Steuerabzüge und Massnahmen für eine Abhängigkeit des Eigenmietwertes vom Verbrauch nichterneuerbarer Energie.
- d. **Beseitigung steuerlicher Fehlanreize.** Die Abzugsfähigkeit der Pendlerkosten bei den direkten Steuern stellt einen ökologischen Fehlanreiz dar und ist zu beseitigen.
- e. **Mit einem grundsätzlichen Umbau der indirekten Steuern** sollen Ressourcen wie nichterneuerbare Energie steuerlich mehr belastet und die Wertschöpfung weniger besteuert werden. Damit werden ökonomische Anreize für ökologischeres Verhalten gesetzt.

3.) Stärkung des Werkplatzes Schweiz durch Förderung von Innovation und Forschung

Eine Kombination aus Innovationspark, Innovationsrisikogarantie und Steueranreizen für Forschung und Entwicklung soll den Standort Schweiz auch als Werkplatz für innovative und nachhaltige Produkte mit hoher Wertschöpfung stärken und eine Ergänzung zum Finanzplatz schaffen:

- a. **Die Schweiz braucht einen Innovationspark.** Es braucht einen Innovationspark, der Forschung, Entwicklung und die Umsetzung in marktfähige Produkte kombiniert. Mit der geplanten Stiftung Forschung Schweiz könnte ein nachhaltiger Ansatz entstehen. In Dübendorf auf dem Flugplatzgelände stünde ein idealer Standort mit Nähe zu Forschungsstätten wie ETH, EMPA und EAWAG zur Verfügung, welcher mit anderen geeigneten Standorten, z.B. in der Romandie (EPFL), verknüpft werden könnte. Ein solcher Innovationspark ist nach dem Prinzip der 2000 Watt-Gesellschaft zu betreiben – ressourcenschonend und nachhaltig, mit innovativen neuen Ansätzen bei Erschliessung, Versorgung und Entsorgung.
- b. **Günstiges Kapital für innovative und junge Unternehmen.** Mittels einer Innovationsrisikogarantie kann erreicht werden, dass innovative und junge Unternehmen günstiger an Kapital kommen. Diese Garantie kann auch an die Verpflichtung zur Nachhaltigkeit des Unternehmens und/oder der Produkte geknüpft werden.
- c. **Forschung und Entwicklung steuerlich entlasten.** Investitionen der Wirtschaft in Forschungs- und Entwicklung sollen steuerlich befreit werden. Damit entstehen grössere Anreize, in der Schweiz zu forschen und vor allem, Forschungsergebnisse auch hier weiter zu verwerten.
- d. **Gute Rahmenbedingungen für ForscherInnen und Fachkräfte** in der Schweiz. Wir brauchen weiterhin qualitativ hochstehende Universitäten und Fachhochschulen in der Schweiz. So finden Fachkräfte und ForscherInnen attraktive Rahmenbedingungen vor. StudienabgängerInnen aus dem Ausland sollen zudem die Möglichkeit haben, nach ihrer Ausbildung in der Schweiz weiter zu forschen und zu arbeiten.